

Arno Hopp

Bündnis-Rede für die Demo am 17.09.09

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

**„Wir zahlen nicht für eure Krise!!!“**

Unter diesem Motto hat sich in Bremen ein breites **Aktionsbündnis** gegründet, um sich gemeinsam gegen die fatalen Folgen der Krise des kapitalistischen Systems zu wehren.

Denn wir sind der festen Überzeugung, dass sich diese Krise mit ihren Auswirkungen längst noch nicht erledigt hat. Beteiligt sind in Bremen u.a. die GEW, Erwerbslosen-Ausschüsse von IG Metall und ver.di, Erwerbslosen-Vereine, das mayday-Bündnis, die Partei Die Linke und viele mehr (nachzulesen im Internet unter dem Stichwort Kapitalismuskrise, siehe Rückseite Flugblatt).

Wir sind nicht die Einzigen, die heute auf die Straße gehen. In vielen Städten der BRD protestieren lokale Bündnisse gegen die verheerende Krisenpolitik der Unternehmen, der Bundes- und Landesregierungen. Bundesweit beteiligen sich Gewerkschaften, Erwerbslosenverbände, attac, umweltpolitische Initiativen, zahlreiche linke Gruppen, migrantische Netzwerke, Studierende, die Partei Die Linke u.v.a. Dieses umfassende Bündnis hat sich bereits bewährt: Am 28.03. d.J. gingen in Frankfurt und Berlin insgesamt ca. 50.000 Menschen auf die Straße. Und der Protest wird auch nach der Wahl fortgesetzt und bundesweit vernetzt!

Wir haben es nämlich satt, von den Verantwortlichen in den Unternehmen, Banken und Regierungen immer wieder zu hören, dass jetzt angeblich die Talsohle durchschritten sei. Denn das geht völlig an der Realität vorbei. Schon jetzt werden 1.000 Hafenarbeiter des Gesamthafenbetriebsvereins (GHB) in Bremerhaven entlassen, und in den Krankenhäusern droht kurzfristig der Abbau von ebenfalls ca. 1.000 Arbeitsplätzen. Viele Kollegen und vor allem Kolleginnen arbeiten inzwischen für ,nen Hungerlohn, z.B. in der Leiharbeit oder im Einzelhandel, z.T. unter fürchterlichen Arbeitsbedingungen (siehe Schlecker). Und nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit waren etwa 1,4 Millionen Kolleginnen und Kollegen im Mai 2009 bundesweit in Kurzarbeit, im August 2008 waren es noch ganze 30.000! In Bremen waren es laut Arbeitsagentur im Mai 2009 ca. 15.000, z.B. bei den Stahlwerken und bei Mercedes.

Wer glaubt, dass diese Menschen alle wieder voll beschäftigt werden, verkennt völlig den Ernst der Lage. In vielen Betrieben und auch im Öffentlichen Dienst geht die Angst um, aus

unserer Sicht zu Recht! Vieles spricht dafür, dass es nach der Bundestagswahl erst richtig ernst wird. Die Situation auf den Werften, in der Automobilindustrie, im Maschinenbau oder in der Elektroindustrie spitzt sich immer mehr zu – Massentlassungen sind kaum noch vermeidbar. Zu erwarten sind auch drastische Einschnitte im sozialen Bereich - angesichts der hohen Staatsverschuldung, massiver Steuerausfälle und zusätzlicher Kosten durch steigende Arbeitslosigkeit. (Staatsverschuldung: bis E.d.J. ca. 1,65 Bill. lt WK von 17.09.09)) Abbau der Stellen im Öffentlichen Dienst, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, Rentenkürzungen und weitere Einschnitte in der Gesundheitsversorgung sind nur einige der Horrorszenarien, die zu befürchten sind. Die in der Krise und durch die Krise entstandenen Verluste und Kosten sollen auf diesem Wege massiv auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. So werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer!!

Wir fordern deshalb, dass endlich diejenigen zur Kasse gebeten werden, die die Krise mitverursacht oder davon profitiert haben! Einführung der Vermögenssteuer, höhere Spitzensteuersätze und Börsenumsatzsteuer könnten die dringend notwendige Umverteilung von oben nach unten einleiten. Im Gegenzug muss die Arbeitszeit drastisch verkürzt werden, um die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen, nämlich auf 30 Std. wöchentlich bei vollem Lohnausgleich. Außerdem fordern wir einen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde und die Erhöhung des Eckregelsatzes bei Hartz IV auf 500 Euro im ersten Schritt. Im zweiten muss Hartz IV dann endlich ganz weg, und alle anderen Hartz-Gesetze gleich mit!

Die Krise ist global! Weltwirtschaftskrise, Klimakrise und weltweite Armutskrise gehören zusammen – allein die Zahl der Hungernden in der Welt ist im Zuge der Krise um 150 Mill. auf über 1 Milliarde gestiegen. Deshalb sagen wir: Die Krise darf nicht auf Kosten des Klimas oder der armen Weltregionen gelöst werden. Darum lehnen wir die sogenannte „Abwrackprämie“ genauso ab wie einen verschärften Exportwettbewerb zu Lasten wirtschaftlich schwächerer Länder und Weltregionen. Wir wollen keine nationalen Scheinlösungen, sondern kämpfen für gerechte internationale Lösungen. Wir wollen eine solidarische, friedliche Welt für alle!!

Und darum kommt es jetzt immer mehr darauf an, dass wir zusammenrücken, sozusagen die Kräfte bündeln, und uns gegenseitig im Widerstand unterstützen. Das wird nicht leicht, aber es lohnt sich (siehe GEW), und es gibt unserer Meinung nach auch keinen anderen Weg. Deshalb fordern wir alle auf, sich auch künftig aktiv an Aktionen gegen die Folgen der Krise zu beteiligen. Nach wie vor gilt: Gemeinsam sind wir stark!

**Sollen sie für ihre Krise doch selber zahlen, wir jedenfalls zahlen nicht für ihre verdammte Krise!!!**